

Berlin, 5. November 2007

**Antrag des Bundesvorstandes der  
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU  
zum 21. CDU-Bundesparteitag vom 2. bis 4. Dezember 2007 in Hannover**

Nr. 4

## **Bürokratieabbau weiter voranbringen**

### **I. Grundsätzliches zum Bürokratieabbau**

Die in Deutschland über Jahrzehnte gewachsene Bürokratiebelastung hat sich mit enormen Kosten für die deutsche Wirtschaft zu einem zentralen Strukturproblem entwickelt. Bürokratiekosten stellen eine erhebliche Wachstumsbremse dar. Überregulierung, Interventionismus und staatliche Bevormundung haben darüber hinaus auch gesellschaftspolitische Konsequenzen. Denn ein zunehmend schwer durchschaubares Rechts- und Verordnungssystem löst Endfremdungseffekte, Desorientierung über Zuständigkeiten sowie den Verlust von Verantwortungs- und Pflichtgefühl aus.

Verschiedene frühere Anläufe zum Bürokratieabbau haben vor allem mangels eines systematischen Vorgehens nicht die gewünschte und erhoffte Durchschlagskraft entfalten können. Auch stand oftmals dem Abbau einzelner Vorschriften ein gleichzeitiges Mehr an neuen Verordnungen und Gesetzen gegenüber.

Auf Grund des besonderen Engagements der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und der Union wird dem Abbau von Bürokratie in der Großen Koalition endlich Priorität beigemessen. Die Union spricht sich für weitere Maßnahmen für einen nachhaltigen und systematischen Bürokratieabbau aus, um den Prozess des Bürokratieabbaus weiter voranzubringen.

### **II. Kompetenzen des Nationalen Normenkontrollrates erweitern**

Die CDU begrüßt, dass mit der Einrichtung des Nationalen Normenkontrollrates (NKR), flankiert durch ein Standard-Kosten-Modell (SKM), zum ersten Mal ein systematisches Verfahren zum Bürokratieabbau eingeleitet wurde.

- **Kompetenzen erweitern** - Die Erfolgsbilanz des NKR wird langfristig entscheidend von seinen Kompetenzspielräumen abhängen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, dem NKR zeitnah weitergehende Kompetenzen einzuräumen. Der NKR soll zukünftig Einfluss nehmen können auf sämtliche Fragen, die mit Regulierung und Einengung von Handlungsspielräumen verbunden sind, über die administrativen Angelegenheiten im engeren Sinne hinaus.

- **Gesetzentwürfe des Bundestages** - Im Interesse eines systematischen und umfassenden Bürokratieabbaus ist es erforderlich, dass sich der NKR neben den Gesetzentwürfen der Bundesregierung auch mit denen aus den Reihen des Bundestages und des Bundesrates befasst. Darüber hinaus sollte auch die Sozialversicherung einbezogen werden.
- **Mehr Transparenz** - Stellungnahmen und Voten des Normenkontrollrates sollen noch transparenter als bisher der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Alle Stellungnahmen des NKR sind daher umgehend nach Erarbeitung und Weiterleitung auch auf der Internetseite des NKR zu veröffentlichen.
- **Maßnahmen zügig auf den Weg bringen** - Auf der Grundlage der bisherigen Messergebnisse sollten Abbauvorschläge zügig erarbeitet und so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden. Sinnvoll ist die Einbeziehung der Wirtschaft durch die Ressorts bei der Suche nach Vereinfachungsmöglichkeiten. So würde sichergestellt, dass für die Unternehmen spürbare Entlastungen erreicht werden.

### III. Zwischenziele festlegen - Abbauziel präzisieren

Die Bundesregierung hat sich einen spürbaren und zügigen Abbau unnötiger Bürokratie zum Ziel gesetzt. Die Bürokratiekostenbelastung soll bis 2011 um 25 % reduziert werden. Der weitere Prozess sollte durch die Nutzung der Erfahrungen in anderen europäischen SKM-Anwenderstaaten fortlaufend optimiert werden.

- **25-Prozent als Netto-Ziel** – Wir fordern die Bundesregierung auf, das 25-Prozent-Abbauziel bis 2011 als Nettoziel festzulegen. Der Abbau bürokratischer Belastungen darf nicht einhergehen mit zusätzlichen Belastungen durch neue Gesetze. Soweit neue Belastungen unvermeidbar sind, müssen diese durch zusätzliche Abbaumaßnahmen an anderer Stelle kompensiert werden.
- **Zwischenziele festsetzen** – Internationalen Beispielen folgend, sollte die Bundesregierung zur Optimierung der operativen Umsetzung Zwischenziele festlegen. Dies sichert die Transparenz bei der Zielerreichung und erleichtert die Koordination des Gesamtprozesses.
- **Ressortspezifische Abbauziele** – Wir fordern die Bundesregierung auf, ressortspezifische Abbauziele anhand von Abbauplänen der einzelnen Bundesministerien zu initiieren. Hierzu sollen die Ministerien bereits in ihrem ersten Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Regierungsprogramms „Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung“ geeignete Vorhaben benennen.
- **Informationspflichten ausnahmslos erfassen** - Eine zwingende Voraussetzung für den Erfolg des Programms der Bundesregierung ist es, die existierenden Informationspflichten ausnahmslos zu erfassen und im Rahmen des SKM auf ihre Belastung hin zu überprüfen. So sind Informationspflichten aus dem Arbeitsrecht wie z.B. aus dem BetrVG und § 613 Abs. 5 BGB ebenso zu berücksichtigen wie Informationspflichten des Arbeitgebers gegenüber dem Betriebsrat.
- **Materielles Recht berücksichtigen** – Viele materielle Vorschriften verursachen bürokratische Folgekosten. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, einen umfassenden, ganzheitlichen Entbürokratisierungsansatz anzustreben. Durch eine methodische Weiterentwicklung der Gesetzesfolgenabschätzung auf allen Ebenen sollte sowohl bei der Messung bestehender Bürokratie als auch bei der Gesetzesfolgenabschätzung neben den Informationspflichten auch materielles Recht einbezogen werden.
- **Bürokratieabbau von der Kommune bis zum Bund** – Nicht nur auf Bundesebene entstehen unnötige Bürokratielasten für Wirtschaft, Bevölkerung und Verwaltung. Wir fordern daher die Länder, Kommunen, Sozialversicherungsträger, Selbstverwaltungskörperschaften und andere öffentliche Körperschaften auf, sich zu einer „Aktion Bürokratieabbau“ zusammenzuschließen und das Vorhaben der Bundesregierung zu unterstützen sowie zu ergänzen. Darüber hinaus soll die Datenbank aller Informationspflichten kontinuierlich überprüft und um Pflichten aus dem Bereich der Länder, Kommunen und Sozialversicherungsträger erweitert werden.
- **Bürokratieabbau auch auf EU-Ebene** - Bürokratie macht nicht auf nationaler Ebene halt. Daher muss auch auf europäischer Ebene der Bürokratieabbau konsequent vorangetrieben werden. Die Aktivitäten der EU-Kommission gehen nicht weit genug, vor allem die Sozialpolitik sollte stärker

in den Fokus genommen werden. Daher fordern wir auf europäischer Ebene einen Europäischen Normenkontrollrat mit weitgehenden Kompetenzen und der Befugnis, Einfluss auf die Gesetzesvorlagen der Europäischen Kommission zu nehmen.

#### IV. Bürokratieabbau durch effizientere Verfahren

Bürokratieabbau ist eine politische Daueraufgabe. Die Beseitigung von Wachstumshemmnissen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft, muss neben den bereits eingeleiteten Maßnahmen durch effizientere Verfahren flankiert werden.

- **Gesetze befristen** - Verordnungen sollten prinzipiell mit einer Befristung versehen werden. Öffnungs- und Experimentierklauseln sollten generell befristet werden. Auch bei Gesetzen kann die Befristung im Ausnahmefall herangezogen werden.
- **Feste Fristen** – Wir sprechen uns für die Einführung automatischer Genehmigungen nach Fristablauf aus. In sicherheitsrelevanten Bereichen, bei denen die Folgen einer fehlenden materiellen Prüfung als zu schwerwiegend anzusehen sind und die Dauer schwer abschätzbar ist, sollte es bei der bisherigen Praxis (Einführung einer Positivliste) bleiben.
- **Einheitlicher Ansprechpartner** - Zur Einführung von Einheitlichen Ansprechpartnern bei Genehmigungen müssen auf allen staatlichen Ebenen die Voraussetzungen geschaffen werden. Dazu gehören auch die Ausbildung des notwendigen Personals und der Unterhalt einer internen Organisation von Verwaltungsabläufen zur Förderung von Bürgerfreundlichkeit.
- **Mut zur Generalisierung** - Vor allem das komplizierte Steuerrecht bietet sich für Pauschalierungen an. Teilweise existieren sie bereits; in diesen Fällen sollten die Pauschbeträge erhöht werden.

#### V. Schaffung von Anreizen und Wettbewerb

Um Bürokratieabbau erfolgreich zu gestalten, bedarf es der Beschränkung des Staates auf seine Kernaufgaben, der Rahmenbedingungen für einen fairen Leistungswettbewerb und einer klaren Abgrenzung von Zuständigkeiten.

- **Privatisierung** - Die Verschlankung des Staates durch Privatisierung ist ein wirksames Mittel gegen Bürokratisierung. Der Begriff der Daseinsvorsorge ist eng auszulegen, damit die Gemeinden nicht mit staatlichen Mitteln in Konkurrenz zu privaten Unternehmen und Handwerkern gehen.
- **Mehr Planungswettbewerbe ausloben** - Wir fordern, dass die Bundesregierung das bestehende Wettbewerbsprinzip überall dort durchsetzt, wo der Bund baut bzw. bauen lässt. Zudem sollten bundeseigene Liegenschaftsgesellschaften nicht selbst Planungsaufgaben übernehmen, sondern sich auf die Kontrolle von Kosten, Bauvorschriften und Genehmigungsverfahren konzentrieren. Das Wettbewerbsprinzip soll auch für die Planung von Verkehrsbauwerken, insbesondere von Bahn- und Straßenbrücken, Bahnhöfen, Flughäfen usw. gelten.
- **Transparenter Föderalismus** - Föderale Strukturen können den Bürokratieabbau erschweren. Umso wichtiger sind daher klare Aufgabenverteilungen und Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden.